

# Hamburgers Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 6/7

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementpreis 5 Mark pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 18. Februar 1922

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Non-  
pareillezeile oder deren Raum 3 Mark  
(der Betrag ist stets vorher einzufenden),  
Verbandsanzeigen 1,50 Mark die Zeile.

36. Jahrg.

## Löhne und Preise.

Nachdem die zentralen Lohnverhandlungen für das Malergewerbe am 5. Januar in Berlin durch das Verhalten der Arbeitgebervertreter ohne Erfolg verlaufen waren, haben sich unsere Kollegen in den einzelnen Orten genötigt, an ihre Arbeitgeber mit Lohnforderungen heranzutreten; denn eine weitere wesentliche Steigerung der Preise für die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel ist festgestellt, die unsere Kollegen zu ihrem Vorgehen gezwungen hat. Der Monat Dezember hat nach der vorliegenden Lebensmittelstatistik des Deutschen Reiches für rund 200 Plätze eine starke Steigerung der Kosten des Nahrungsmittel-  
aufwandes gebracht. Die Reichsindexziffer ist vom November zum Dezember von 1897 auf 1650, also um 11 % gestiegen. Nach den Berechnungen von Dr. Kuczynski ist in Berlin das wöchentliche Existenzminimum von November auf Dezember gestiegen für einen Mann um 27 M., für ein Ehepaar um 39 M. und für ein Ehepaar mit 2 Kindern um 48 M. Es ist ganz selbstverständlich, daß unsere Kollegen, die mit den im Dezember bewilligten Löhnen immer noch wesentlich unter dem Existenzminimum standen, nicht auch noch die seitdem neu eingetretenen Erhöhungen der Kosten für den Lebensunterhalt bestreiten können.

Sehr deutlich spiegelt sich der Grad der Verteuerung in den von Calwer berechneten Indexziffern. Danach betragen die Kosten des Nahrungsmittel-  
aufwandes einer vierköpfigen Familie, Eltern und 2 Kinder, im Dezember wöchentlich 514,68 M., gegen 478,89 M. im November und 369,75 M. im Dezember 1920. Im Vergleich zum letzten Monat der Vorkriegszeit sind die Kosten der Ernährung demnach auf mehr als das Zwanzigfache gestiegen.

In den einzelnen Monaten ergeben sich folgende Schwankungen:

	Reichsindexziffer pro Woche in Mark			
	1914	1918	1920	1921
Januar	25,57	63,75	130,65	381,70
Februar	25,29	64,93	147,65	359,36
März	25,08	67,30	167,60	356,19
April	24,96	69,65	184,78	351,27
Mai	24,70	73,70	224,63	353,14
Juni	24,73	78,65	232,15	351,55
Juli	25,12	82,21	252,38	359,04
August	26,44	85,45	261,38	395,96
September	26,14	95,67	273,95	399,59
Oktober	27,09	100,63	332,20	418,42
November	27,86	109,83	357,05	473,89
Dezember	28,74	114,65	369,76	514,63

Für eine Reihe wichtiger Plätze in verschiedenen Teilen Deutschlands ergaben sich folgende Indexziffern:

	Dezember	1920	1921	Steigerung
Adnigsberg		326,79	482,13	155,32
Berlin und Vororte		383,94	525,81	141,87
Breslau		375,51	497,16	121,65
Galle a. d. S.		339,99	507,15	167,16
Hannover		340,17	516,72	176,55
Hochum		363,08	534,09	171,06
Frankfurt a. M.		420,40	530,94	110,46
Köln		431,94	558,87	126,93
München		290,48	432,54	142,11
Hamburg		387,03	536,49	149,46

In den Indexziffern des Statistischen Reichsamts für die Lebenshaltungskosten sind die Ausgaben für die Kleidung nicht enthalten. Dr. Elsas in Frankfurt a. M. ist deshalb bemüht, in seinen Ermittlungen den gesamten Aufwand für die Lebenshaltung in einer Reihe deutscher Städte zu erfassen. Er berechnet den Lebensmittelbedarf einer vierköpfigen Familie; dazu den Aufwand an Kleidung, Wohnung und Heizung und schlägt auf die so ermittelte Summe einen Betrag als Ausgabe für „Verzwecktes“, das sind Kulturzwede, Vergnügen usw., auf. Die Lebensmittelration ist auf Grund der Calwer'schen Berechnungen eingeseht, baut sich also auf den Rationen eines Marinejofadaten vor dem Kriege auf. Bemerkenswert ist, daß Dr. Elsas den Aufwand vom 1. April 1919 gleich 100 setzt, so daß die Indexziffer der Teuerung gegenüber diesem nach dem Kriege ermittelten Stand der Preise angibt.

Die Indexziffer von Dr. Elsas ergibt nun, daß in Frankfurt a. M. die Kosten der Lebenshaltung bis zum

1. November 1921 auf 382, bis 1. Januar 1922 auf 439 gestiegen sind. Für Berlin ergibt seine Berechnung eine Steigerung auf 429 am 1. November 1921, am 1. Januar 1922 auf 477. Das heißt, daß für Berlin das Preisniveau für Lebensbedürfnisse seit dem 1. April 1919 um das Fünffache gestiegen ist. Ein entsprechender Lohnausgleich ist demgegenüber aber nicht erfolgt, mit der seit 1916 immer schärfer einsetzenden Teuerung haben die Löhne nicht mehr Schritt gehalten. Aus seinen Berechnungen zieht Dr. Elsas folgende Schlüsse:

„Am 1. Januar 1922 stellt sich die Indexziffer für Frankfurt a. M. auf 439. Seit dem 1. November vorigen Jahres sind die Lebensmittel um 13,67 %, die Kleidung um 19,5 %, Heizung und Beleuchtung um 41,21 % und Verschleißes um 10 % teurer geworden. Die Gesamtlebenshaltungskosten sind jetzt auf das Sechzehneinhalbfache dessen gestiegen, was sie anfangs 1914 betragen. Anders ausgedrückt, die innere Kaufkraft der heutigen Papiermark ist, mit dem früheren Gelde verglichen, auf 6/3 gesunken. Der äußere Geldwert (am Dollar gemessen) beträgt sogar nur 2/4, nachdem er zeitweise unter 1/2 gesunken war.“

Es ist vielleicht von Interesse, festzustellen, daß der innere Geldwert in bezug auf die Lebenshaltungskosten nur allmählich und in großem Abstand dem äußeren Geldwert folgt. Es hängt dies mit dem Trägheitsprinzip, das dem Preisniveau (wie es sich im Kleinhandel ausdrückt) innewohnt, zusammen. Die Kurve des inneren Geldwertes weist dadurch einen ruhigeren Verlauf, verglichen mit dem erzitternden (stürmischen) Kurvenverlauf des äußeren Geldwertes, auf. Diese vor allem auch zeitlich nachhinkende Preisgestaltung im Kleinhandel gestattet schon heute, vorauszusetzen, daß die Lebenshaltungskosten bei uns, selbst beim Eintritt einer mäßigen Markthebung, doch keine Verbilligung, dagegen bei unveränderter äußerer Markbewertung noch eine Steigerung erfahren werden. Für die Lohnpolitik ergibt sich daraus der Schluß, daß auch bei etwas gebesserter Marktlage ein Abbau der Löhne vorerst noch nicht in Betracht kommen kann.“

Diese erheblichen Preissteigerungen sind nach unsern Lohnverhandlungen im November vorigen Jahres eingetreten. Die Teuerung stieg aber weiter fort, und auch für Januar sieht bereits fest, daß weitere Preissteigerungen zu verzeichnen sind. Die Wohnungsmieten haben sich in einer Reihe von Erhebungsgemeinden erhöht. Bedeutend stärker haben sich die Kosten für den Ernährungsbedarf gesteigert. Die Indexziffer für die Ernährungsausgaben allein stieg von 2088 auf 2219 oder 6,3 %. Billiger wurden seit dem Vormonat nur die Fette, deren Preise sich bis Mitte Januar ermäßigen konnten, inzwischen allerdings wieder angezogen haben. Dagegen wurden — in einer größeren Reihe von Erhebungsgemeinden — Brot und fast allgemein Rindfleisch, Fische, Zucker, Kartoffeln und Gemüse wesentlich teurer. Für die übrigen Lebensmittel war die Preisbewegung nicht ganz einheitlich. Zu allem kommt noch vom 16. Februar an eine Brotpreissteigerung von 75 %, und es ist mit Bestimmtheit dann mit neuen Preissteigerungen für andere notwendige Lebensmittel zu rechnen. Also, wohin wir blicken, eine gewaltige Verteuerung der gesamten Lebenshaltung. Alle Lohn- und Gehaltsempfänger sind demnach gezwungen, Lohnforderungen zu stellen.

Angeichts der bevorstehenden Brotpreissteigerung wurde auch bereits in der Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats vom 1. Februar betont, daß der hieraus entstehende Notstand für alle Lohn-, Gehalts- und Rentnempänger augenblicklich nur durch eine Erhöhung der Bezüge der Betroffenen behoben werden könne. Der Ausschuss forderte die Regierung auf, dahin zu wirken, daß Maßnahmen ergriffen werden, durch die die Lohn-, Gehalts-, Rentnempänger und erwerbsunfähige Kleurentner in den Stand gesetzt werden, die Folgen der Brotpreissteigerung in ihrer vollen Auswirkung zu ertragen.

Den beachtenswerten Ausführungen Dr. Rodas in der „Konjunktur“ in einem Artikel über „Lohnkämpfe und Verzweckung“ ist man zugestimmt, wo es unter anderem

„Wer die Verhältnisse, unter denen heute die Lohnempfänger und Festbesoldeten leben, aus eigener Anschauung kennt, weiß, daß von einer Lebenshaltung in der früheren Bedeutung dieses Ausdrucks meistens nicht mehr die Rede sein kann, sondern nur von einer Lebens„fristung“. Die meisten Arbeiter, Angestellten und fast alle unter die Besoldungsgruppeneinteilung fallenden Beamten leben von der Hand in den Mund, sind meistens unterernährt und schlecht gekleidet, wenigstens an Wäsche und Unterzeug, müssen sich jeden Komfort verlagern, der das Leben aus der Sphäre des Vegetierens heraushebt, zehren ihre Ersparnisse auf und machen Schulden. Auf die Dauer ist auch dieser Zustand unhaltbar; es ist aber das Mindeste, daß die Lohnpolitik auf die Kosten solcher Lebenshaltung eingestellt wird. Das kann nicht nur die deutsche Volkswirtschaft verantworten, sie muß sich sogar bemühen, darüber hinauszugehen, wenn sie nicht ihre Voraussetzungen und Grundlagen zerstören will. Fast bis zum Ueberdruße wird schon gepredigt, daß nur Arbeit und immer wieder Arbeit unser Volk und seine Wirtschaft retten und gesundmachen könne. Zum Arbeiten gehören aber doch die Lohnempfänger und Festbesoldeten auch. Wie kann auf die Dauer weiter, wenn möglich in erwünschtem Maße, mehr gearbeitet werden, wenn die persönlichen Träger des Arbeitsfaktors in der deutschen Volkswirtschaft nicht in der Substanz erhalten werden? Mit liebevollstem Eifer macht man über die Erhaltung der materiellen Substanz der deutschen Volkswirtschaft, des Betriebskapitals, was zuweilen in der Ablehnung des Gebahrens der steuerlichen Erfassung der Sachwerte schon grotesk zutage tritt. Wo bleibt aber unser Volk und seine Wirtschaft, wenn ihr zwar das Sachmaterial erhalten bleibt, es aber Not leidet an seinem Menschenmaterial! Zu diesem Menschenmaterial, das Not leidet, gehören auch unsere Berufskollegen, deshalb muß ihren berechtigten Forderungen nach Lohnsteigerung auf der ganzen Linie Rechnung getragen werden.“

## Neue Lohn- und Tarifverhandlungen.

Nachdem die Arbeitgebervertreter durch Obstruktion das Haupttarifamt für das Malergewerbe verhandlungsunfähig gemacht hatten, haben unsere Filialverwaltungen in größerer Zahl die Ansprüche der Gehilfenschaft vor den Ortsstarisämtern und Schlichtungsausschüssen geltend gemacht und damit auch vielfach Erfolge erzielt. Darauf hat dann der Reichsbund der Malermeister beim Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen mit Wirkung vom 1. Februar an beantragt, wobei natürlich auch noch über unsern noch nicht erledigten Lohnanspruch für Januar verhandelt werden wird.

Hierauf sind vom Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen auf Freitag, 10. Februar, festgesetzt worden. Da im Anschluß an die Lohnverhandlungen auch über einen neuen Reichstarifvertrag verhandelt werden soll, so wird dies wohl mehrere Tage in Anspruch nehmen. Die in voriger Woche wegen des Eisenbahnerstreiks entstandenen Verkehrsschwierigkeiten ließen es allerdings nicht bestimmt vorsehen, ob der festgesetzte Termin eingehalten werden konnte, doch war es infolge des rechtzeitigen Streikabbruchs den heiderseitigen Verhandlungskommissionen ermöglicht worden, in letzter Stunde nach Berlin kommen zu können.

## Wieviel verdienen die sächsischen Arbeiter?

Was für eine Arbeitszeit haben sie? Wie sind ihre sonstigen Lebensbedingungen? Wieviel Ferien stehen ihnen zu? Wie sind ihre Tarife beschaffen? Wie schlichten sie ihre Streitigkeiten? Wie hoch sind ihre Afford- und Ueberstundenzuschläge? Nach welchen Grundsätzen werden die Arbeiter entlohnt? Was haben die Landarbeiter an Naturalien und andern Löhnen?

Neber diese und viele andere Fragen aus allen Arbeitsberufen gibt ein beachtenswerter Buch „Zukunft, das Leben vom sächsischen Arbeitsministerium herausgegeben wird. Es heißt: „Lohn- und Arbeitsbedingungen der gewerblichen Arbeiter, der kaufmännischen Angestellten und Beamten, der technischen Angestellten, Beamten und Werkmeister im De-



Otto Buchelt, Köln †.

jaar Sachsen, nach dem Stande der Tarifverträge von Ende Oktober 1921. Das Werk ist verfasst vom Genossen Regierungsrat Heinrich Brand im sächsischen Arbeitsministerium, der ehemals Geschäftsleiter des Metallarbeiterverbandes in Dresden war. Der Laie wird das Buch nach dem ersten blühenden Durchblättern in die Ecke werfen; denn die auf 48 Seiten angehäufte Zahlen und Tabellen sind alles eher als Unterhaltungsliteratur. Aber der Gewerkschaftsführer, der Politiker, der Redakteur, der Arbeitersekretär, der Parteiführer und Agitator, ganz einerlei, in welchem Lager er wirkt, sie alle werden dieses Buch willkommen heißen. Es gibt ihnen bei Lohnbewegungen und wo sonst Arbeiterangelegenheiten zur Debatte stehen, ausreichende und zuverlässige Auskunft über die Arbeiterverhältnisse aller Berufe. Wo immer Vergleiche anzustellen oder Forderungen zu begründen oder zu widerlegen sind, wo immer ein Ueberblick über die soziale Lage der Arbeiter gebraucht wird: dieses Buch ist ein Begleiter in seiner Art und gibt Antwort auf jede Frage des Arbeitsverhältnisses.

Besonders wertvoll ist das Buch als Nachschlagewerk dadurch, daß es nicht nur die Arbeitsbedingungen der gewerblichen Arbeiter, sondern auch die der kaufmännischen Beamten und Angestellten und die der technischen Angestellten, Beamten und Werkmeister enthält. Die Einteilung ist derart praktisch, daß sich selbst der Ungeübte rasch in die Zahlenpyramiden hineinfindet und den Inhalt der Tabellen erfolgreich auszunutzen kann. Da aber in unserer Zeit die Lohnverhältnisse in allen Berufen sich rasch ändern, ist Vorkehrung getroffen worden, daß diese ständigen Veränderungen bequem nachgetragen werden können, so daß das Buch immer neu und aktuell bleibt: Es werden vom Arbeitsministerium nach Bedarf sogenannte Deckblätter herausgegeben, die einfach den betreffenden Rubriken überklebt werden, so daß stets die neuesten Ziffern zu finden sind. Wo immer Tarifänderungen vorgenommen werden, werden diese auf Deckblätter gedruckt und damit die betreffenden Buchstellen ergänzt, ein Verfahren, das jeder Benutzer des Wertes freudig begrüßen wird.

Freilich kostet das Buch wegen des schwierigen Tabellenjahres und des dazu erforderlichen verhältnismäßig guten Papiers 80 M. Allein, da es vornehmlich von Organisationen (es ist für Arbeitgeber so notwendig wie für Arbeitnehmer), von Handelskammern, von Bibliotheken, Redaktionen und andern Korporationen benutzt werden wird, kann der Preis kein Anlaß sein, das einfach unentbehrliche Buch nicht zu kaufen. Auch die Betriebsräte werden in diesem Buche einen wertvollen Ratgeber finden, und es wird ihre Aufgabe sein, auch die Unternehmer zu veranlassen, es für sich und für ihre angzukäufen.

Wie wir hören, sind begrüßenswerte Bestrebungen im Gange, die Reichsregierung ebenfalls zur Herausgabe eines solchen Lohnverzeichnisses zu veranlassen. Es wäre jedenfalls für die Arbeiter im übrigen Deutschland sehr von Vorteil, wenn auch sie ein solches Nachschlagewerk bekämen, wie es in diesem Buche Heinrich Brands die sächsischen Interessenten bekommen. Das Buch ist zu beziehen durch die Zentralstelle des Arbeitsministeriums in Dresden, Königsplatz 2, und durch sämtliche Buchhandlungen. R. A.

Aus unserm Beruf.

Dresden. Zahlstellenkonferenz am 29. Januar in Dresden.) Berieten waren sämtliche Lohngebiete Ostpreussens, soweit sie zur Filiale Dresden gehören. Zum Neubeginn des Tarifvertrages referierte Kollege Vogt, Leipzig. Er führte aus, daß die Anträge und Bedingungen zum jetzt bestehenden Vertrag in den nächsten Tagen dem Reichsbund im Malergewerbe übermittelt werden. Bei der Durchführung unserer Forderungen müßte mit allerlei Hindernissen gerechnet werden, von denen sei sogar beantragt, die neunmündige Arbeitszeit wieder einzuführen. Durch die letzten Lohnverhandlungen in Berlin sei bewiesen, daß es mit der Tariffrage innerhalb des Arbeiterverbandes sehr schlecht bestellt ist. Trotzdem hätten die Kollegen durch Anrufung der Schlichtungsanstalten Lohnverbesserungen für den Januar durchgesetzt. Zu den vorliegenden Anträgen referierte Johann Kollege Hoffmann, Dresden. Bei der Durchführung dieser Anträge würde es, so betonte er, auf die Haltung unserer Kollegen ankommen, damit das Geforderte erreicht wird. Auch er ging auf die letzten Lohnverhandlungen in Berlin ein und stellte fest, daß die Arbeitgeber durch ihre Presse sehr informiert seien, das beweisen die amtlichen Protokolle über die Tagung des Hauptkomitees. Während in Berlin die Lohnsetzung durch die Leitung des Reichsbundes abgelehnt ist, haben die sächsischen Arbeitgeber allgemein auf dem Standpunkt, daß ähnliche Lohnverhandlungen nicht stattfinden, sondern die Löhne zentral durch das Hauptkomitee festgelegt werden. Wenn man heute die sächsischen Arbeitgeber einen bestimmten Standpunkt betonen, so sei daraus nicht auf eine besondere Tariffrage bei den Herren zu schließen. Lediglich die Arbeit der Lohnverhandlungen zu beschleunigen und dadurch die Kollegen um den Lohn zu einer menschenwürdigen Erziehung zu stellen, das müße mit allem Nachdruck hier festgestellt werden. Die Organisationsleiter des Lohnverbandes der Arbeiter im Untergrund Dresden bewiesen das am besten. Wenn sich heute die Herren in der gegenwärtigen Konjunktur recht hart stellen, so könne es im Zukunft auch der Gehilfenstand nicht verheißt werden, wenn diese die Situation in unangenehmer Weise für sich ausnutzen; zur Förderung des Lohnverbandes trüge das natürlich nicht bei. Nach einer Ansprache der Delegierten über die Anträge wurden die Verhandlungen der Vermittlung gütig übergeben und die weiteren Schritte festgelegt. Zur Vertragsfrage referierte Kollege Spitzner, Dresden. Er schloß mit, daß am 1. Februar es in Dresden 11 M. und in den Filialen 19 M. zu erheben. Von Erhebung einiger gewerkschaftlicher Mitteilungen hielten Bogt und Hoffmann am Schluß der Tagung fest, daß ein einheitliches Parteiprogramm für die Filialen festzustellen ist. Das ist eine gute Vorbereitung für die erfolgreiche Durchführung kommender Kämpfe. Werde auf der nächsten Tagung in weiteren Absichten der Organisation geredet, so ist es möglich, den Vorstand der Arbeitgeber im Malergewerbe zu bewegen, menschenwürdige Verhältnisse für die Kollegen zu schaffen und die Forderung des Gewerks zu betonen. Um 5 Uhr war die Konferenz beendet.

Dresden. 2. C. In 9. Januar fand im Gewerkschaftshaus unsere diesjährige 9. gewerkschaftliche Generalversammlung statt. Unter dem Vorsitz des Vorsitzenden gewählten Ge-

Am 6. Februar erhielten wir die telegraphische Nachricht, daß unser Kollege Otto Buchelt, Bezirksleiter für Rheinland-Westfalen, plötzlich infolge eines Herzschlages verstorben ist, nachdem er vor kurzem an einer Rippenfellentzündung erkrankt war. Bei der ersten Nachricht von der schweren Erkrankung unseres lieben Kollegen hatten wir noch die Hoffnung, daß seine gesunde Natur die tödliche Krankheit übersehen werde. Es sollte leider nicht der Fall sein. Mit dem Verstorbenen — er war geboren am 12. November 1867 in Treptow i. P. — scheidet wieder einer unserer älteren Verbandsmitglieder dahin, und immer mehr lichtet sich die Reihe derjenigen Verbandskollegen, die an dem Aufbau der Organisation mitgewirkt haben. Fast 32 Jahre gehörte Kollege Buchelt unsern Verbänden an und hat von Anfang an unermüdet seine ganze Kraft in den Dienst der Organisation gestellt. Was es überhaupt bedeutete, in den neunziger Jahren gewerkschaftlich tätig zu sein, welche persönlichen Opfer Jahre hindurch, ohne Aussicht auf Erfolg gebracht werden mußten, davon hat nur derjenige Kenntnis, der selbst aktiv in der Bewegung gestanden. Unser verstorbener Freund hat bittere Erfahrungen gemessen, aber trotz aller Hemmnisse und der Inbrunnenschaft so vieler Arbeitskollegen hat er niemals den Mut verloren und allezeit der Organisation die Treue bewahrt. Viele Jahre war er in Minden und Dortmund tätig und von den Kollegen seit 1892 zu allen seitdem stattgefundenen Generalversammlungen gewählt worden. Im Februar 1902 wurde er in Köln angestellt und ihm auch die Agitationsleitung in Rheinland und Westfalen übertragen.

Nach jahrelanger mühevoller Agitationsarbeit hat endlich auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet unser Verband festen Fuß gefaßt und einen erfreulichen Aufschwung genommen. Zu einem nicht geringen Teil ist dieser Fortschritt auch auf die Tätigkeit des Kollegen Buchelt zurückzuführen. Zu früh scheidet er aus unserer Mitte. Alle, die ihn kennen gelernt haben, werden seiner nicht vergessen. Ehre seinem Andenken!

Jahresjahr unserer Filiale zurück, so haben wir ein Jahr unermüdeten Arbeit hinter uns, das zwar nicht alle Wünsche erfüllt hat, uns aber unabweisbar ein erhebliches Glück vorwärts brachte. Neben den regelmäßigen Sitzungen und Versammlungen mußte mit den Arbeitgebern in 7 Ortstarifsammlungen um unser Recht gerungen werden. Der Stundenlohn konnte von 4,65 M. um 30, 40, 60, 55, 275 und 75 M. erhöht werden und beträgt gegenwärtig 10 M. Wir hatten es darüber hinaus für einen der besten Erfolge, daß in dem örtlichen Tarif eine Bestimmung aufgenommen wurde, wonach an Orte keine unorganisierten Kollegen beschäftigt werden dürfen. Es ist uns ferner gelungen, die Ausföhrung von Malerarbeiten durch Reichswehrsoldaten abzustellen, wodurch einigen arbeitslosen Kollegen Arbeitsgelegenheit beschaft werden konnte. Die Mitgliederzahl ist gegen das Vorjahr von 115 auf 132 gestiegen, davon entfallen auf unsere Zahlstellen Keppen 8, Schwibus 11, während unsere Lehrlingsabteilung auf 17 Jungkollegen gestiegen ist. Der höheren Mitgliederzahl und den Beitragserhöhungen entsprechend, hat sich das Filialvermögen vervierfacht und steht etwaigen Anforderungen gemoppnet gegenüber. Von der letzten Beitragswoche an ist der Wochenbeitrag auf 8 M. erhöht worden, in Anbetracht einer Arbeitslosigkeit von 40 bis 45 % mußte man sich damit bescheiden. Die Berichte fanden die ungeteilte Zustimmung der Versammlung, die den bisherigen Vorstand auch für das kommende Jahr wiederwählte. Aber nicht nur die Vertrauensleute, sondern jeder Kollege muß mitarbeiten. Nichts kommt von selbst, jeder Fortschritt muß erkämpft werden; haltet deshalb fest zusammen, leidet Euch an die Organisation, dann können wir jedem Kampfe mit Ruhe und Zuversicht entgegensehen. S. P.

Hamburg. Wirtschaftspolitik und die Stellung der Gewerkschaften lautete das Thema in der Mitgliederversammlung, zu der Vertreter zweier Parteien, Ehrenteit (SPD.) und Hoffmann (KPD.) eingeladen waren, die in Referat und Korreferat ihre Auffassung in dieser die Gewerkschaftspolitik grundrisslich bestimmenden Frage darlegten. Ehrenteit schilderte die Lage der Weltwirtschaft, die ihren prägnanten Ausdruck in der großen Arbeitslosigkeit, vor allem in den sogenannten Siegerstaaten, findet, wogegen in Deutschland, durch seinen tiefen Valutastand begünstigt, man gar von einer Konjunktur reden könne. Doch bedeuete letztere auch für die deutsche Arbeiterschaft keinen Segen, da Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages gezwungen ist, einen wesentlichen Teil des Erzeugnisses seiner Produktion an die Entente ohne jede Gegenleistung abzugeben. Dieser Vertrag, der die rund 300 Millionen zählende Bevölkerung der mitteleuropäischen Länder in der Weltwirtschaft einfach ausschaltet, ist die Grundursache der bestehenden Weltkrise. Nur dessen Revision könne hier Besserung schaffen. Angesichts dieser Tatsachen muß gesagt werden, daß die Gewerkschaften getan haben, was sie konnten. Alle, die bisher gegenüber den Gewerkschaften eine falsche Politik konstatieren, haben es bisher unterlassen, den richtigen Weg zu nennen, und sind zumeist über billige Schlagworte nicht hinausgekommen. Tatsache allerdings ist die Unzulänglichkeit der bisherigen Lohnpolitik der Gewerkschaften; dieses sei von keinem früher erkannt worden, als von den so gern überbelegneten Gewerkschaftsführern, und von ihnen stets mit Nachdruck vertreten. Aus dem Kreislauf: Preiserhöhungen — Lohnerhöhungen müssen wir heraus. Eine Verbilligung der Lebensmittel, die Abwälzung der Staatslasten auf die Schultern der Besitzenden müssen das Ziel einer weiterschreitenden Gewerkschaftspolitik sein. Nehner besprach dann eingehend die 10 Forderungen des FPOA. Die Erkenntnis einer jahrzehntelangen Gesichtslosigkeit der Gewerkschaften verlangt ein kluges Abmessen der Kräfte, um dem Einsatz auch den Erfolg zu verbürgen. Hier aber müssen die Gewerkschaften selbst bestimmen; sie können sich nicht die Führung einer politischen Partei übertragen lassen. Die Gewerkschaften, die sich in der Nachkriegszeit anerkanntermaßen zu einem wirtschaftspolitischen Faktor von ansehnlicher Bedeutung entwickelt haben, sind berechtigt,

hier umgekehrt das Wirken der politischen Parteien zu bestimmen. Die Einheitsfront, wie sie ein Teil der Gewerkschaftsossen propagiert, ist Unsinn. Die Einheitsfront in ihrem Grundbau ist in den Ortsausschüssen und dem FPOA längst vorhanden. Nachgeholt ist die ideale Einstellung weiter Arbeiterkreise auf die durch die 10 Punkte gekennzeichneten Grundlinien der neuen Gewerkschaftspolitik. Allgemeine Aktionen aber sind nur dann am Platze, wenn die Lebenslage der Arbeiterschaft bedroht ist; ein überhäufiger Gebrauch dieser gewaltigsten Waffe würde diese stumpf machen, würde in ihrer Folgebildung zur Zertrümmerung der Gewerkschaften führen — zugunsten des Kapitalismus. In seinem Korreferat bestätigte Hoffmann, daß die weltwirtschaftliche Lage, wie sie Ehrenteit gezeigt hat, richtig geschildert ist, gleichfalls die wirtschaftliche Situation, die sich daraus für Deutschland ergibt. Weiter konnte er das vom Referenten dargestellte innere Kraftmaß der Gewerkschaften nur unterstreichen. Die nach dem Herbst 1918 den Gewerkschaften zugeströmten neuen Mitglieder kamen aus mehr gefühlsmäßiger Regung zu uns, ihnen fehlt das auf sachlicher Erkenntnis gegründete gewerkschaftliche Wissen. Für die Durchsetzung der 10 Punkte forderte er, gleich E., die einheitliche Einstellung der gesamten Arbeiterschaft, wobei das Landproletariat nicht zu vergessen ist, auf den Ideengehalt der neuen Gewerkschaftspolitik. So erklärt er den Gedanken der Einheitsfront. Es gelte aber auch, das Vertrauen der Mitgliedschaften zu ihren Führern fest zu gründen, Burgfriedenspolitik, Arbeitsgemeinschaften hätten jenes erschüttert. Bei der Durchführung der 10 Forderungen handelt es sich um eine Lebensfrage der Gewerkschaften, die nur möglich wird, wenn die innige Verbindung zwischen Führern und Mitgliedschaften geschaffen wird. Die Aussprache erreichte nicht die Höhe der Referate. Im Schlußwort forderte Hoffmann das Aufgeben der gewerkschaftlichen Neutralität. Die politische Schulung der Gewerkschaftsossen sei notwendig, um den Gewerkschaftsorderungen ihre rechte politische Auswirkung zu geben. Ehrenteit stellte zunächst fest, daß von 4 kommunistischen Rednern, die, einschließlich des Korreferenten, gegen ihn gesprochen, bezüglich der Bewertung der 10 Punkte viererlei Ansichten geäußert worden sind. Das sei kennzeichnend für die Vertreter jener Parteienrichtungen, die angeblich die einheitliche Gewerkschaftspolitik wollen. Er betonte, daß jeder Gewerkschafter hinter den Forderungen seiner Spitzenleitung steht. Die vom Korreferenten behandelte Kriegspolitik usw. der Gewerkschaften gehöre doch nachgerade zu den alten Kamellen, geeignet, den Mitgliedern den Versammlungsbetrieb zu verleben. Im ganzen konnte Nehner aber konstataren, daß der Korreferent mit ihm einig ist, daß zunächst der Weg der Propagierung dieser Gedanken beschritten werden muß. Damit ist die Forderung nach der Aktion faktisch aufgegeben. Jedenfalls dürfen wir über das gesteckte Ziel nicht vergessen, daß bis zur Erreichung des Sozialismus eine praktische Tagespolitik nötig ist, um den Streikern für die Sache des Proletariats die Kräfte zu stärken.

Stettin. Die Monatsversammlung der Filiale im Dezember nahm Stellung zu der Erhöhung des Beitrages. Mit wenigen Ausnahmen wurde zustimmend anerkannt, daß eine Erhöhung in Anbetracht der Zeitverhältnisse unbedingt geboten sei. Die Erhöhung der Streikunterstützung sei ohne weiteres als gegeben erachtet. Nicht einverstanden erklärten konnte sich die Versammlung aber mit der Erhöhung der Kranken-, Erwerbslosen- und Sterbunterstützung. Die vom Zentralvorstand wie Beirat vorgeschlagene Erhöhung dieser Unterstützungen bedeute in der heutigen Zeit für die Kollegen gar nichts. Auch belasten sie die Hauptkasse zu Ungunsten der Streikunterstützung in beträchtlicher Weise. Es sei Aufgabe des Staates, der Gemeinden und Krankenkassen, hier Abhilfe zu schaffen. Aus diesem Grunde war auch die Versammlung gegen die beantragten 6 M. für die Hauptkasse, und folgende Entschliebung wurde einstimmig angenommen: Die Mitgliederversammlung erkennt eine Erhöhung des Beitrages für die Hauptkasse von 3,50 M. auf 5 M. an. Sie ist gegen eine Erhöhung der Kranken-, Erwerbslosen- und Streikunterstützung, verlangt aber, daß die Streikunterstützung dementsprechend erhöht wird, um endlich einmal eine Kampfbereitschaft zu schaffen, die dem verschärften Kampf der Arbeiterklasse voll und ganz entspricht. — Das Ergebnis der Abstimmung in den einzelnen Filialen ist im „Vereins-Anzeiger“ sofort bekanntzugeben. — Ferner verlangen die Versammeln, daß sich der Hauptvorstand unter allen Umständen und mit aller Schärfe dafür einsetzt, die vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgestellten 10 Punkte durchzuführen.

Vorstehenden Versammlungsbericht hatten wir seinerzeit nicht aufgenommen, weil wir seinen hauptsächlichsten Inhalt mit in unserm allgemeinen Bericht über die Stellungnahme unserer Filialen zu der Beitrags- und Unterstützungsfrage verarbeiteten wollten. Dies teilten wir der Filiale Stettin mit und bemerkten dazu noch unter anderem: „Es sind nur wenig Filialen, die die Notwendigkeit eines größeren Schrittes in der Beitragsfrage nicht einsehen; andere haben sogar befunden, daß wir noch zu zaghaft gewesen seien beim Beitrag und den Unterstützungen, einschließlich der Erwerbslosenunterstützung. Denn wollten wir warten, bis Staat, Krankenkassen usw. genügend leisten, würde die Mehrzahl unserer Kollegen gehörig aufbegehren. — Eine Stellungnahme hätte Sinn, wenn Ihr an Stelle der Erhöhung der Erwerbslosen- und Sterbunterstützung die Streikunterstützung auch tatsächlich erhöhen wölltet. So zwackt Ihr aber mehr, als die Erhöhung der Erwerbslosen- und Sterbunterstützung kostet, von den verlangten 6 M. ab, so daß wir, wenn es nach Euch ginge, die Streikunterstützung noch herabsenken oder den Kampffonds angreifen müßten. Wie unser Verband dann mehr Kampfbereitschaft werden sollte, als er schon ist, bleibt Euer Geheimnis. Daß aber gerade von Stettin diese Zurückhaltung im Beitragszahlen kommt, ist sehr bezeichnend. Wenn alle Filialen die Organisation, noch dazu gegen unsere ausdrückliche Verwarnung, in Anspruch genommen hätten, wie Ihr im Vorjahre, so müßte der Beitrag an die Hauptkasse noch viel höher sein.“ — Ferner hatten wir noch die sehr wichtigen Gründe angeführt, die uns veranlassen, das Abstimmungsresultat nicht in einzelnen ziffernmäßig bekanntzugeben und den Schluß gezogen, daß wohl viele Kollegen, die den entscheidenden Versammlungen ferngeblieben waren, keine Gegner angereicherter Beiträge gewesen seien; denn sonst wären sie schon gekommen, um die Reform abzulehnen.



Jetzt verlangt nun eine Stettiner Mitglieder-Versammlung, daß wir den Bericht, allerdings unter Streichung eines Teiles, auf dessen heftigste Wirkung wir aufmerksam gemacht hätten, abdrucken. Das ist oben geschrieben. Dann wird verlangt, daß wir das Abstimmungsresultat über die erhöhten Beiträge dennoch bekanntgeben, und zwar sowohl die Filialen, die dagegen, als auch die, die dafür gestimmt haben. Da wir in Nr. 4 des „Vereins-Anzeiger“ die 15 ablehnenden Filialen nebst der Zahl der darin organisierten Kollegen aufzählten, wäre es geradezu sinnlos, nun auch noch die übrigen 185 Filialen bekanntzugeben, die anderer Meinung waren. Denn es kann ja nun jede Filiale nachprüfen, ob sie etwa den 15 mit hätte zugezählt werden müssen. Also ist auch den Stettiner Kollegen tatsächlich Rechnung getragen worden. Wenn es dann noch heißt, daß man keineswegs der Zentralkasse hätte die Mittel verweigern wollen, sondern sogar noch über die Vorlage hinausgehen bereit ein würde, so freuen wir uns über diesen Standpunkt, und hoffen, daß daraus bei der nächsten Beitragsbesprechung auch praktische Schlussfolgerungen gezogen werden; denn die Erwerbslosen- und Sterbeunterstützung können vorläufig um so weniger abgelehrt werden, als der Wert des Geldes immer mehr sinkt.

Im übrigen sind wir mit den Stettiner Kollegen der Meinung, daß wir eine Politik betreiben müssen, die nicht allein auf dem Abschluß von Tarifverträgen beruht, sondern ernstlich bestrebt ist, den Weg zu bereiten, um die Ausbeutung des Proletariats durch den Kapitalismus zu verhindern und die sozialistische Gemeinwirtschaft durchzuführen. Wenn wir diese Selbstverständlichkeit nicht andauernd in die Welt hinausschreien, so ist daraus keineswegs der Schluß zu ziehen, daß wir dieses Ziel nicht unausgesetzt im Auge haben.

### Gewerkschaftliches.

**Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose.** Die Vorstände des ADGB und des AFA-Bundes haben an den Reichsarbeitsminister nachstehendes bringendes Ersuchen gerichtet, die Bezüge der Erwerbslosen der weiter unten genannten Kaufkraft des Geldes entsprechend zu erhöhen:

Die Anfang Dezember 1921 erhöhten Unterstützungssätze für Erwerbslose bedürfen dringend einer weiteren Erhöhung.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat bei den Beratungen mit den in Frage kommenden Ministern immer wieder auf die Konsequenzen der maßlosen Verteuerung aller Lebensnotwendigkeiten hingewiesen, zuletzt noch bei den Verhandlungen über die neuerliche Erhöhung des Brotpreises. Es wurde von den Vertretern der Gewerkschaften verlangt, daß, um die katastrophale Verteuerung der Lebenshaltung zu verhindern, eine stärkere steuerliche Belastung des Besitzes, durchgreifendere Einbringung der Steuerstände und die Erhöhung der Sachwerte schnellstens erfolge. Trotz aller unserer Bedenken ist der Verteuerung der Lebensbedürfnisse nicht entgegengetreten. Die neue Steuerungsstelle, die sich noch ungemein verstärkt, wenn sich die Brotverteuerung voll auswirkt, macht die Lage der Erwerbslosen völlig unhaltbar und erfordert dringend eine den veränderten Verhältnissen entsprechende Erhöhung der Unterstützungssätze.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes ersuchen daher den Herrn Reichsarbeitsminister, die angemessene Herabsetzung der Bezüge der Erwerbslosen schnellstens in die Wege leiten zu wollen. Gleichzeitig erlauben wir uns, darauf hinzuweisen, daß auch die Bezüge der Unfall-, Alters- und Invalidenrenten und der Kranken aus dem gleichen Grunde wieder eine Aufbesserung erfahren müssen.

Den Fraktionen der sozialdemokratischen Parteien im Reichstag ist die Forderung gleichfalls unterbreitet worden mit dem Wunsch, daß auch die Parteien alles tun, um die unbedingt notwendige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung durchzuführen.

**Für eine Revision des Betriebsrätegesetzes.** Die Betriebsräte des Bergarbeiterverbandes und des AFA-Bundes nahmen auf einer Konferenz in Essen eine Entschließung an, in der die Vorstände der Verbände ersucht werden, gemeinsam bei dem Vorstand des ADGB und des AFA-Bundes sowie bei den diesen Verbänden nächstehenden politischen Parteien sich für eine Revision des Betriebsrätegesetzes einzusetzen. Die Reichsregierung soll außerdem aufgefordert werden, dem Reichsrat und dem Reichstag unverzüglich das im Artikel 155 der Reichsverfassung gewährleistete Gesetz zur Bildung von Bezirksarbeiter-, Bezirksarbeitsrats- und Reichsarbeitsratsräten vorzulegen und auf eine baldige Verabschiedung hinzuwirken.

**Ueber die Neuregelung der Löhne für das Buchdruckgewerbe** verhandelte der Tarifschutz der Deutschen Buchdrucker in Leipzig. Die Vertreter der Arbeiter führten an der Hand umfangreichen und durchschlagenden Materials den Nachweis, daß in den letzten Wochen wieder eine ganz enorme Verteuerung der gesamten Lebenshaltung eingetreten ist. Auf Unternehmerseite sträubte man sich zunächst hartnäckig gegen jede Lohnerhöhung und wollte nur die im Februar einsetzende Brotverteuerung durch eine entsprechende Lohnerhöhung abgleiten. Nach langwierigen Verhandlungen in der Kommission und im Plenum und einer Reihe Sonderberatungen kam man schließlich zu einer Einigung. Vom 1. Februar an erfahren die bisher gezahlten Wochenlöhne eine Erhöhung, steigend bis zu 25 % Aufschlag. Es betragen dann die tariflichen Mindestwöchentlichen Löhne für Neuausgelernte 223 bis 466 M., für Klasse A (bis 21 Jahre) 376 bis 548 M., für Klasse B (21 bis 24 Jahre) 418 bis 588 M., für Klasse C (über 24 Jahre) 443 bis 613 M. — Für die Hilfsarbeiter gelten 85 % abiger Sätze. Die geforderte Gleichstellung der Steuerungsbezüge mit denjenigen für die Gehilfen wurde trotz energischer Verfolgung von den Unternehmern abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde die geforderte Erhöhung des Maßstabzuschlags auf 15 % des Gesamtlohns. Das Nettogeld für Lohnsteuer beträgt vom 1. Februar an für Berlin im ersten Lehrjahre 26, im zweiten 85, im dritten 100 und im vierten Lehrjahre 110 M. Das neue

Lohnabkommen soll die Tarifparteien bis 31. März 1922 binden, könnte also erstmalig am 1. März dieses Jahres gekündigt werden.

**Der Mohr hat seine Schuldbiligkeit getan.** Vor kurzem feierte die Aktiengesellschaft Schleifische Leinenindustrie in Freiburg ihr fünfzigjähriges Bestehen, aus welchem Anlaß sie verschiedene, meist für öffentliche Zwecke bestimmte Stiftungen im Gesamtbetrag von nahezu 2 Millionen Mark machte. Kein Wunder! Es handelt sich hier um ein Unternehmen, das im letzten Geschäftsjahr einen Reingewinn von gut 7 1/2 Millionen Mark erzielte gegen „nur“ 3,194 Millionen Mark im Vorjahr. Man sollte nun annehmen dürfen, daß ein Unternehmen, das sich in der Deffektivität durch seine Stiftungen einen Namen zu machen sucht, zum mindesten sich verpflichtet fühlen müßte, für die bei ihm in treuer Pflichterfüllung als geworbene Arbeiter etwas zu tun. Dies ist aber nicht der Fall; denn 2 Meister, die 58 Jahre, also schon ehe das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, in ihm tätig waren, erhalten eine Unterstützung von sage und schreibe 20 M monatlich. Diese beiden hochbetagten Veteranen der Arbeit haben jeder nur etwas über 100 M. Monatseinkommen, sie sind sozusagen dem Hungertode preisgegeben. Von der Leitung des Werkmeisterverbandes auf die Ehrenpflicht aufmerksam gemacht, helfend eingzugreifen, antwortete die Direktion, sie könne mit Rücksicht auf die große Anzahl der Pensionäre auf diese beiden ehemaligen Meister hinsichtlich der Unterstützungshöhe keine Ausnahme machen. Das Unternehmen schwinnt förmlich im Gelde, hängt ihren Wohlstand an die große Glocke, alte Arbeiter aber läßt sie verhungern. Unternehmervandl!

**Internationale Gewerkschaftskonferenz in Genua.** In der letzten Sitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam wurde folgender Beschlus gefaßt: In Anbetracht dessen, daß die internationale organisierte Arbeiterklasse die Pflicht hat, ihrer Stimme zur Zeit der Konferenz in Genua Gehör zu verschaffen, wird eine besondere Konferenz durch den Internationalen Gewerkschaftsbund nach dem gleichen Orte und zur gleichen Zeit, wo die offizielle Konferenz stattfinden wird, einberufen werden. An dieser Konferenz werden teilnehmen: Das Exekutivkomitee des Internationalen Gewerkschaftsbundes — das heißt außer dem Bureau je 1 Delegierter für jede der 10 Gruppen, aus denen die der Gewerkschaftsinternationale angehörenden Zentralen zusammengesetzt sind —, je 1 Delegierter für den Gewerkschaftsbund eines jeden Landes, ferner die Sekretäre der wichtigsten internationalen Fachverbände.

### Sozialpolitisches.

**Die Geldentwertung.** Anschaulicher als es in einem Artikel möglich ist, bedient nachstehende Gegenüberstellung, wie riesengroß die heutige Geldentwertung vorgeschritten ist. Man kaufe für

	1914	1921
1 M. je 1 Pfd. Mehl, Zucker, Salz, 8 Pfd. Kartoffeln, 1 Liter Milch, 1 Ei und 1 Poring	1 Paar Rinderschuhbänder	
1 " 8 Pfd. Brot	2 Brötchen zu je 50 Gramm	
2 " 20 frische Eier	1 Salzhering	
3 " 1 Pz. Kartoffeln	1 1/2 Pfd. Striebein	
4 " 4 1/2 Pz. Kohle	1 Paket Streichhölzer	
5 " 1 Pz. Mehl	2 Pfd. Kochsalz	
6 " 5 Pfd. Butter	1 Liter Milch	
7 " 14 Meter Seilwand	1 Tischtuch	
8 " 1 guter Krausenrock	1 kleine Rolle Nähgarn	
9 " 1 fette Gans	1 Pfd. Rindfleisch	
10 " 1 Paar Schuhe	2 Dosen Schmiercreme	
20 " den Lebensmittelwochenbedarf einer Arbeiterfamilie.	1 Pfd. Schweinefleisch	
60 " 1 Herrenanug nach Maß	1 Paar Hosenträger	
100 " 1 Zweijähriger Schwein	1 Sack	
800 " 1 Milchkuh	1 Paar Schuhe	
1000 " 1 Arbeiterwohnungs-einrichtung	1 Küchenschrank	
2000 " den jährlichen Lebensbedarf für eine gutsituierte Beamtenfamilie	1 Herrenanug	

Die angegebenen Preise sind Berliner Preise, die im Juli 1914 und am Jahreschluss 1921 gezahlt werden mußten. Unsere Kollegen wissen aber aus eigener Erfahrung, daß diese Preise fast allorts die gleichen sind und weiter nach oben steigen.

**Die Verbilligung der Produktion?** Die Produktion muß verbilligt werden, damit die Produkte Absatz finden. So lautet das Lösungswort in Ländern mit guter Valuta und Ab Absatz. Welche Mittel werden aber dabei angewendet? 1. Lohnerabsenkungen. Aus familiären Elementen der Produktionskosten wird nur der Arbeitslohn — der oft nur einen geringen Teil der Produktionskosten ausmacht — herausgegriffen. Hungerlöhne werden bezahlt, die sowohl die Arbeitsintensität wie die Kaufkraft des Arbeiters angreifen. 2. Aufhebung des Achtstundentages beziehungsweise Verlängerung der Arbeitszeit. Sehr zutreffend fragt Lebas im französischen „Populaire“, ob in Frankreich, wo die Unternehmer den Achtstundentag so heftig bekämpfen, die Lebensmittelpreise billiger geworden sind? In der französischen Landwirtschaft gibt es ja bekanntlich weder eine Einschränkung der Arbeitsdauer, noch bestehen andere, die landwirtschaftlichen Arbeiter schützenden sozialen Einrichtungen. Auch sind die Preise der Kolonialprodukte — unabhängig von der Arbeitszeit — gestiegen. Die Verlängerung der Arbeitszeit kann also beim Produktpreis nicht den Ausschlag geben. 3. Steuerpolitische Begünstigungen. Der Finanzminister der Vereinigten Staaten will die Wirtschaftsfreie durch Herabsetzung der Einkommens- und Vermögenssteuer aus der Welt schaffen. Er meint, auf diese Weise dem erschütterten Handel und der Industrie zu helfen. In Frankreich besteht man, statt stärkerer Herabsetzung des landwirtschaftlichen und industriellen Kapitals, darauf, Einkünfte aus der von den notleidenden Arbeitern

bezahlten Lohnsteuer zu sichern. Dem parallel läuft die Verteuerung, die Staatsausgaben zu vermindern, um die Steuerzahler zu schonen. Die Auswahl der aus dem Budget gestrichenen Posten erfolgte jedoch aus sehr unsozialen Gesichtspunkten. Abgesehen von der allgemeinen Abschaffung der Lebensmittelzuschüsse für die notleidende Bevölkerung, gehen die staatlichen Ersparnisse überall auf Kosten des Proletariats. In erster Linie gilt dies für England, wo außerdem noch große Ersparnisse im Unterrichtswesen — 20 % des Voranschlags wurden gestrichen — erzielt werden dürften. So gehen die kapitalistischen Methoden „zur Verbilligung der Produktion“ aus. Nirgends finden wir eine Maßnahme gegen den übermäßigen Profit, gegen die Preisstreberei der Trusts und Syndikate (obwohl amtliche Kommissionen sowohl in England wie in den Vereinigten Staaten die preistreibende Tätigkeit derselben einwandfrei festgestellt haben), nichts geschieht für die Einführung verbesserter Arbeitsmethoden. Auch in der Regelung der wettbewerbsfähigen Verhältnisse geschieht nichts, was zur Verbilligung der Produktion beitragen könnte. In der Handelspolitik — Schutzzölle, in der Währungs politik — Valutachaos, im Kreditwesen — kleinliche Vengilligkeit betreffs Streichung der Kriegsschulden — Enggezigigkeit bei der Reparationsfrage — Dummheit und böser Wille. Militarismus und Imperialismus verschlingen Milliarden und stören die Herstellung des internationalen Verkehrs. Es ist also unnütz, unter solchen Umständen von der Verbilligung der Produktion zu reden, das Schlagwort hat sich die Reaktion nur als willkürliches Werkzeug für rückständige Maßnahmen angeeignet.

**Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat.** Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten hat den Entwurf eines Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat beraten und empfiehlt die Annahme mit einigen Verbesserungen. Nach dem Betriebsrätegesetz werden in den Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat entsandt. Die Art sollte durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. Dies ist in dem jetzt vorliegenden Entwurf vorgesehen.

Danach soll als Aufsichtsrat der Aufsicht gelten, der für Aktiengesellschaften usw. in den für sie maßgebenden Gesetzen als Aufsichtsrat bezeichnet ist. Eine besondere Schwierigkeit liegt in dieser Beziehung bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung, weil sie nicht wie die andern beteiligten Betriebe, zur Bildung eines Aufsichtsrates verpflichtet sind, sondern nur das Recht zu dieser Einrichtung haben. Ueberkluge Unternehmer waren daher der Meinung, daß diese Gesellschaften nur ihren Aufsichtsrat anders zu benennen brauchen, um sich der Aufnahme eines Betriebsratsmitgliedes in ihren Aufsichtsausschuß zu entziehen. Die Sozialdemokraten beantragten, daß, entsprechend einem Antrage des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, unzweifelhaft diese Auslegung ausgeschlossen werde. Es wurde dann auch in das Gesetz der Zusatz eingefügt, daß als Aufsichtsrat stets der Ausschuß gilt, der tatsächlich die Aufgaben eines solchen zu erfüllen hat, ohne Rücksicht darauf, ob er im Gesellschaftsvertrag als Aufsichtsrat bezeichnet wird oder nicht. Zwei Betriebsratsmitglieder sollen entsendet werden, wenn nach dem Gesellschaftsvertrage mehr als 3 Aufsichtsratsmitglieder sein können oder beide Arbeitnehmergruppen, Arbeiter und Angestellte, vertreten werden sollen. In allen übrigen Fällen ist nur ein Betriebsratsmitglied zu entsenden. Gewählt werden die Mitglieder von den Betriebsräten. Die Wahlbarkeit sollte stark eingeschränkt werden. Jedoch gelang es den Sozialdemokraten, die Beschränkungen zu beseitigen. Ebenso wurde auf Antrag der Sozialdemokraten festgelegt, daß in den Fällen, wo 2 Mitglieder zu wählen sind, beide Gruppen, also sowohl Arbeiter als auch Angestellte, vertreten sein müssen, wenn die kleinere Gruppe 2 oder mehr Mitglieder hat. — Das Gesetz soll am 1. Februar dieses Jahres in Kraft treten.

### Dom Ausland.

#### Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes an seine Mitglieder.

Kameraden! Die aus den Hungergebieten Rußlands in den letzten Wochen einlaufenden Berichte überbieten alle bisherigen Schilderungen des Elends. Erst jetzt wird das Ausmaß der Katastrophe im einzelnen übersehbar; ihre verheerende Wirkung wächst noch unabweislich. Die Hilfe, die von den amerikanischen und europäischen Organisationen in den vom Hunger heimgejudeten Gebieten eingerichtet worden ist und noch ausgedehnt werden wird, erfährt noch nicht einmal die Hälfte der vom Hungertode bedrohten Bevölkerung.

Für 10 Millionen Erwachsene und Kinder gibt es keine Rettung, sie bleiben nach den nun schon über ein halbes Jahr währenden qualvollen Entbehrungen den Schrecken des Hungers und einem sicheren Tode ausgeliefert, wenn nicht alle europäischen Staaten sich sofort und mit allen verfügbaren Mitteln zur Hilfe entschließen, ehe das Frühjahr die Wege in Rußland ungangbar gemacht hat.

Aus Buzuluk in Samara kommen grauenerregende Nachrichten. Die Verhungerten haben Katzen, Hunde und andere Tiere aufgeessen. Nun stehen sie menschliche Leichen nachts aus den Leichenhallen, um ihren Hunger zu stillen. Die zivilisierte Welt darf nicht dulden, daß die Verzweiflung die Darbenden entmenscht und große Gebiete in entvölkerte Wüsten verwandelt.

Kameraden, die erste Sendung von 1200 Tonnen Lebensmitteln und Kleidungsstücken, die von Eurem Gelde für die Notleidenden in Rußland gekauft worden sind, sind in Moskau eingetroffen und gelangen nun im Tschuwaschdistrikt zur Verteilung.

Der Stand der Versorgung mit Lebensmitteln und die gesundheitlichen Verhältnisse in diesem Gebiet sind jähren-erregend. Die Roggenente des vergangenen Jahres brachte nur den siebten Teil des normalen Ertrages. Der Viehbestand ist auf ein Drittel zurückgegangen, und noch für diese verminderte Anzahl gebracht es an Futter. Außer von der Sowjetregierung, die 9000 Rinder versorgt, ist diesem Distrikt bisher in keiner Weise geholfen worden.

Die Sterbefälle haben die Geburten bei weitem über- schritten, da die Leute seit Monaten nichts Nahrungsfähiges zu essen haben. Das körperliche Befinden von allen fast gute



Ausnahme, besonders aber von den Kindern, macht einen furchtbaren Eindruck. Die Bevölkerung lebt von einem Brot, das hauptsächlich aus Weizen, Wurzeln und Eicheln besteht; selbst an diesem erbärmlichen Ertrag herrscht da und dort Mangel. Wenn es aufgebraucht ist, bleibt der Bevölkerung nichts übrig, als Stroh von den Dächern und Baumrinde zu essen. Täglich sucht der Tod die Dörfer heim. Die Menschen sterben an Hunger und allgemeiner Körperkennschwäche. In den Hospitälern gebricht es an den notwendigen Nahrungsmitteln. Bettelwand und Verbandzeug fehlt; letzteres hat teilweise seit 1914 nicht angeschafft werden können. Wenn so schlecht steht es mit Medizinern und Desinfektionsmitteln. Eine große Typhusepidemie wird im Frühjahr erwartet. Viele Männer und Frauen leiden an unheilbaren Darmkrankheiten, die durch die widerlichen Nahrungsersatzmittel hervorgerufen werden.

Natürlich findet der Hunger seine Opfer vor allem unter den Kindern. Mindestens 108 000 Kinder sind den schlimmsten Entbehrungen preisgegeben. Von ihnen kann der Internationale Gewerkschaftsbund zunächst nur 40 000 helfen. Aber das ist nicht genug. Die andern nahezu 70 000 Kinder bleiben, ohne Hilfe, zu weiteren Entbehrungen verurteilt. Ihre Leiden sind unbeschreiblich. Schon kommt es vor, daß Mütter ihre Kinder erwürgen, um nicht machtlos mit ansehen zu müssen, wie sie verhungern. Wie groß muß die Not sein, wenn die Unglücklichen zu solchen Verzweiflungstaten getrieben werden. Die lokale und zahlenmäßige Beengung der Hilfe ist aber eine bittere Notwendigkeit, solange nicht noch größere Summen von den Arbeitern Europas dem Internationalen Gewerkschaftsbund zur Verfügung gestellt werden. Selbst diese begrenzte Hilfe kann nur dann bis zur endgültigen Linderung der Hungersnot durchgeführt werden, wenn die europäischen Arbeiter den selbstlosen Opfergeist und die proletarische Hilfsbereitschaft, die sie in den letzten Monaten bewiesen haben, noch in den Schatten stellen durch neue Beweise kameradschaftlicher Treue.

Nicht, wo in Schritten die Lebensmittelverteilungstelle des Internationalen Gewerkschaftsbundes eingerichtet wird, nicht, wo in andern Städten dieses Gebietes Lebensmittel, Nahrung und Speiseräume eröffnet werden, muß das internationale Proletariat dafür sorgen, daß seine notleidenden Kameraden fortlaufend ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, um ihre darbenenden Kinder wieder gesund zu pflegen.

Auf wen, Kameraden, wenn nicht auf Euch, soll die schwer geprüfte Bevölkerung dieses Gebietes rechnen? Sie ist ausschließlich auf Eure Hilfe angewiesen. Macht das Vertrauen wahr, das diese von grenzenlosem Elend bedrückten Menschen in Euch setzen. 108 000 Kinder sind Euch anvertraut. Helft ihnen mit allem, was Ihr entbehren könnt. Bringt Euer Geld zu den Sammelstellen der Gewerkschaften. Rettet die russischen Kinder!

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, J. S. Thomas, provisorischer Vorsitzender, J. Bouhaug, erster Vizevorsitzender, E. Mertens, zweiter Vizevorsitzender, E. Jimmen, J. Dudgeest, Sekretäre.

### Fachtechnisches.

#### Preisanschriften.

Von dem Gedanken ausgehend, daß bei dem Daniederliegen unseres Wirtschaftslebens und der zunehmenden Verarmung unseres Volkes nur die vollständige Ausnutzung aller technischen Errungenschaften eine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen vermag, veranstalten wir folgendes Preisanschriften, um die Verbraucher selbst über die Frage urteilen zu lassen, ob die öffentliche Grundriechtechnik in der Tat so viele Vorteile in sich birgt, daß sie verdient, in die Reihe der Hilfsmittel zur Verringerung der finanziellen Notlage Deutschlands eingestellt zu werden.

Wir stellen daher folgende Frage zur Beantwortung:

- Welche technischen und finanziellen Vorteile werden durch Anwendung der öffentlichen Grundriechtechnik erzielt?
- Auf welchen Gebieten (Malergewerbe, Industrie, Regenbau usw.) hat der Verfasser eigene praktische Erfahrungen und welche?

#### Bedingungen.

- Die Arbeiten dürfen den Umfang von 4 Seiten (wichtigste Maschinen) nicht überschreiten.
- Für die Bewertung der Arbeiten sind in erster Linie die wesentlichen Gesichtspunkte auszuwählen, Erfahrung und wirtschaftliche Beobachtung werden besonders gewertet.
- Die Beantwortung soll möglichst enthalten:
  - a) Kurz gehaltene Beschreibungen aller Fälle von Oberflächenbehandlung auf allen Gebieten, bei denen die Anwendung der öffentlichen Grundriechtechnik Vorteile bringt. Auch praktische Erfahrungen im Maschinen- und Regenbau, bei Kellern- und Radierarbeiten usw. sind erwünscht.
  - b) Beispiele selbst ausgeführter oder selbst überwachter Arbeiten, die den Unterschied der Ausführung auf klarem Grund und auf Delgrund in bezug auf Zeiterparnis, Aussehen und Haltbarkeit bezeugen.
  - c) Berechnungen aus der Praxis, die die Kosten bei Ausführung von Arbeitsarbeiten nach der öffentlichen Grundriechtechnik, möglichst verglichen mit dem üblichen Verfahren, zahlenmäßig zum Ausdruck bringen.
- Für die Aufzählung aller Angaben hat jeder Einsender die Angaben zu übernehmen.
- Für die Theorie angelegte Arbeiten werden nicht gewertet. Der Verfasser soll vielmehr nur eigene Erfahrungen mitteilen, welche auch alle angeführten Punkte und Punkte klar und deutlich, nach Art, Lage der Firma so genau zu beschreiben, daß eine Nachprüfung jederzeit möglich ist.
- Es Preise werden ausgesetzt:
 

1 Preis zu 1000 M.	1000 M.
2 Preise zu je 750 M.	1500 M.
4 „ „ 500 „	2000 M.
10 „ „ 250 „	2500 M.
Zusammen 7000 M.	

6. Alle Einwendungen sind zu richten an die Deutsche Grundriechmittel-Gesellschaft G. Keller & Co., vorm. Paul Jaeger, Stuttgart, Tübingerstraße 39, mit der Aufschrift „Preisanschriften“ und müssen bis spätestens 1. Mai 1922, mittags 12 Uhr, in den Geschäftsräumen der obigen Firma abgeliefert sein.

7. Die Schriftstücke dürfen keine Unterschrift tragen, sondern sind mit einem Kennwort zu versehen. Die Adresse des Verfassers ist in einem mit dem Kennwort überschriebenen verschlossenen Briefumschlag beizufügen, der erst nach erfolgter Beurteilung vom Preisgericht geöffnet wird.

8. Das Preisgericht besteht aus den Herren Baurat Benefeld; Malermeister Louis Fischer; Ernst Fuchs; Paul Jaeger, Leiter des Forstschungs- und Lehrinstituts für Anstreichertechnik, G. m. b. H.; G. Keller, Teilhaber der Firma Deutsche Grundriechmittel-Gesellschaft G. Keller & Co., vormals Paul Jaeger; Professor Pantof, Direktor der Kunstgewerbeschule; Oberbaurat Schmöhl, Direktor der Baugewerbeschule und Vorstand der Beratungsstelle für das Baugewerbe; Professor Dr. Zwijsche, Fachoberlehrer beim Landesgewerbeamt; sämtlich in Stuttgart.

9. Alle Einwendungen gehen in das Eigentum der Deutschen Grundriechmittel-Gesellschaft G. Keller & Co., vormals Paul Jaeger, in Stuttgart, zu deren beliebigen Verwendung über.

10. Die Auszahlung der Preise erfolgt sofort nach dem Spruch des Preisrichters, etwa Ende Mai 1922.

### Verschiedenes.

Eine Reihe von sehr erheblichen Tarifierhöhungen auf den deutschen Eisenbahnen sind seit dem 1. Februar 1922 in Kraft getreten. Sie erstrecken sich auf den Personen-, Güter-, Tier-, Epprechgut- und Gepäckverkehr. Im Güterverkehr, dessen Tarife gleichzeitig mit den Sätzen des Tierverkehrs am 1. November und 1. Dezember je eine Erhöhung erfuhren, von denen die erste 30, die zweite 75 vom Hundert betrug, werden die jetzt geltenden Sätze eine weitere Steigerung um 83% erfahren. Im Fernverkehr traten neue Tarifierhöhungen gegenüber den jetzt geltenden Sätzen um 75 Prozent ein, so daß die Personenzugfahrpreise für ein Kilometer in der 1. Klasse von 76,05 M auf 133,2 M, in der 2. Klasse von 42,25 auf 74,1 M, in der 3. Klasse von 25,35 auf 44,5 M und in der 4. Klasse von 16,9 auf 29,6 M stiegen, während die Schnellzugzuschläge sich um 50% vertieften und auf 15, 30 und 45 M in der 1. und 2. Klasse sowie auf 8, 15 beziehungsweise 23 M in der 3. Klasse gestiegen sind.

Anders als im Fernverkehr ist die Preissteigerung im Vorortverkehr bemessen. Hier beträgt die Erhöhung der Fahrgehaltsätze für die Mindestentfernungen 100 Prozent, da die Sätze für Einzelkarten von 1,50 M in der 2. Klasse auf 3 M und von 1 M in der 3. Klasse auf 2 M erhöht worden sind. Neben den Tarifen für die Einzelkarten sind die Tarife sämtlicher Zeitkarten im Fern- und Vorortverkehr erhöht worden. Gegenüber den Einzelkartentarifen, die durch die Abrundung der Beträge auf volle 50 M Beträge in der Mehrzahl der Fälle mehr als 75% gegenüber den jetzigen Preisen verteuert sind, bewegen sich die Erhöhungen der Zeitkarten etwa im Rahmen der in Aussicht genommenen 75prozentigen Erhöhung. In gleicher Weise wurden auch die Sätze für die Epprechgüter sowie die Gepäckfrachten um 75% erhöht.

Welches Ausmaß die Erhöhungen gegen die Friedenspreise mit diesen neuen Sätzen erreicht haben, zeigt die Gegenüberstellung der Mindestfahrpreise im Frieden im Vorortverkehr, die 10 beziehungsweise 15 M gegen jetzt 2 und 3 M betragen, während im Fernverkehr das Tarifpersonenzugkilometer in der 1. Klasse 7, in der 2. Klasse 4,5, in der 3. Klasse 3 und in der 4. Klasse 2 M kostete, eine Steigerung auf das 19- bis 20fache der Friedenspreise, während die Verteuerung des Güterverkehrs mit den letzten Tarifierhöhungen rund 2650% der Vorkriegsfrachten erreicht hat.

So kommen immer neue Belastungen zu den bereits vorhandenen hinzu. Indirekte Steuern und die Erhöhung des Brotpreises verteuern das Leben aufs neue, ohne daß es möglich ist, im gleichen Schritt diese Verteuerung durch eine entsprechende Lohn- und Gehalts-erhöhung auszugleichen.

### Literarisches.

„Die Glocke.“ Sozialistische Wochenchrift. Herausgegeben von Parvus. Preis der Einzelnummer 2,50 M. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

### Vereinsteil.

Die neuen Beitragsmarken sind zum Versand gekommen. Wenn infolge des Eisenbahnstreiks die Lieferungen nicht rechtzeitig eingetroffen sind, bitten wir die Filialen, dies zu entschuldigen, und nehmen an, daß sie sich so gut als möglich den Verhältnissen angepaßt haben.

Besonders machen wir noch darauf aufmerksam, daß die erhöhten Sätze der Gewerkschaften, Kranken- und Sterbenunterstützung erst am 1. April dieses Jahres (14. Woche 1922) in Kraft treten.

Der Verbandsvorstand.

### Bericht der Hauptkasse für den Monat Januar.

Eingekandt haben: Berlin 12 000 M., Cassel 22 000, Chemnitz 14 000, Cleve 356, Dessau 1500, Detmold 3409,85, Eisenberg 646, Jüterwalde 1000, Frankfurt a. M. 16 000, Glogau 915, Göttingen 1200, Hagen 2500, Halle 8000, Homan 2679,10, Heidelberg 3500, Jena 1500, Jüterburg 1000, Kiel 1000, Köln 3000, Landsberg 2024, Leipzig 5000, Pommern 1200, Siedel 3000, Süderdend 1000, München 8000, Neumünster 840,20, Neustrelitz 1164,10, Ohligs 98,60, Osnabrück 1000, Paffau 627,10, Pforzheim 1500, Rathenow 500, Stuttgart 12 000, Tarnowitz 309,25, Wilhelmshaven 1500. J. Heirich, Kassierer.

### Sterbetafel.

Nachn. Am 25. Januar starb unser Kollege Mathias Hahn im Alter von 23 Jahren an Lungenentzündung. Berlin. Am 19. Januar starb der Kollege Paul Bieler, geboren am 10. Dezember 1872 in Berlin; am 28. Januar starb der Kollege Carl Parusche, geboren am 27. Juli 1882 in Schönlanke. Braunschweig. Wieder verloren wir eines der ältesten unserer Mitglieder. Kollege Heinrich Heilheus starb am 24. Januar im Alter von 68 Jahren. Cassel. Am 17. Januar starb nach langem Leiden an Lungenüberfülle unser langjähriges Mitglied Heinrich Bornemann im Alter von 44 Jahren. Erfeld. Am 8. Januar starb unser treuer Kollege Peter Schriemacher im Alter von 41 Jahren an Bluterkrankung. Eberfeld. Am 17. Januar starb unser Kollege Hermann Langefeld, 64 Jahre alt. (Zahlstelle Nemscheid.) Am 18. Januar starb unser Kollege Emil Köhlig, 68 Jahre alt. (Zahlstelle Barmen.) Am 17. Januar starb unser Kollege Heinrich Schulte, 49 Jahre alt. Offen. (Zahlstelle Mülheim a. d. R.) Am 10. Januar starb an den Folgen von Grippe und Lungenentzündung unser Mitglied, der Kollege Maximilian Maper, im Alter von 41 Jahren. Stuttgart. Am 28. Januar starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Kollege Eugen Hinderer im Alter von 36 Jahren; nach kurzer Krankheit starb der Kollege Karl Schierle im Alter von 68 Jahren. Wiesbaden. Am 27. Januar starb der Kollege Adolf Kresch an den Folgen eines im Kriege zugezogenen Leidens im Alter von 25 Jahren. — Am 29. Januar starb der Kollege Gustav Lehnerich infolge eines Unglücksfalles. Ihre ihrem Andenken!

Die Woche vom 20. Februar bis 25. Februar 1922 ist die 8. Beitragswoche.

### Anzeigen.

6 tüchtige Waarenladierer für Eisenbahnwaggonbau für sofortige Anstellung. Maschinenwerke Schneider, Seegefeld b. Berlin.

Malermantel wieder in guter Qualität lieferbar. Proben u. Preisliste kostenlos. D. Wurzel & Co. Berlin SO. Brunsenstr. 13. Fernruf: Moritzpt. 12650.

Jeber Kollege bestelle sofort einen Probekorb „Der Dekorationsmaler“. Frühere Beste mit 22 feinsten Farbentönen. Preis 4. 15 bei Vereinfachung des Betrages. Quellen-Verlag, Münster-Palms, Pippingerstr. 2.

Wilhelm Walter Öle, Lacke, Leime. Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer. Dammberg, Dattelsstraße 72. Geschäftszeit von 8 1/2 bis 7 Uhr.

# Rockenit

wetterfest wasschfest saurefest

Mit jeder Erd- und Mineralfarbe mischbar.

Heinrich Gammay, Chemische Fabrik, Vaihingen a. E.-Stuttgart.

Zu beziehen durch den Großhandel.

In die Werkstatt jedes vorwärtsstrebenden Berufsgenossen gehört das äußerst praktisch geschlagene Werkbuch f. Schriftf. u. Schildermaler. Herausgegeben von Reinhold u. Adolf Kolb. Aus dem Inhalt: Ueber Fortbildung. — Die Malerwerkstätte. — Ueber Zweck und Wahl der Bemalung. — Die Form des Firmen- oder Anzeigerschildes. — Die Wahl der Schriftart. — Die Schriftstellung. — Etwas über Farbennüancen. — Behandlung der Schilder. — Wärfelverzeichnis. — Allgemein übliche Abkürzungen. Ich verweise auf die anerkennende Besprechung in Nr. 40 des „Vereins-Anzeiger“, 1921, in der die Anschaffung d. Buches jed. Maler angelegentlich empfohlen wird. — Preis 7,50 M., jugendl. 60 M. Porto (Nachn. 60 M. mehr). Bei Sammelbestell durch die Verbandsfiliale ermäß. nach der Preisliste auf 5 M. Verlag f. Fachliteratur (Reinh. Kolb), Stuttgart-Gablenberg, Gaisheimerstr. 14.

Arbeitslose oder eine selbständige Erfindung Suchende, die wöchentlich 300 bis 400 M. verdienen wollen, lassen sich sofort mehr, schon von Tausenden Kameraden mit Erfolg benutzten Buchstaben-Pausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplattmalereien sowie zur Herstellung von Plakats- und Schildermalerarbeiten aller Art ausbilden. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jeder sofort die saubersten Glasplattmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattmalereien, die etwas ganz Neues und Borneuheres sind. Ganze Serien Buchstabenpausen, bestehend aus 16 Doppelalphabeten, jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in 5 verschiedenen Schriftarten und in 2 verschiedenen Größen von 1 1/2 bis 10 cm, sowie Zeichen, Zahlen und Verzierungen in 4 verschiedenen Größen nebst fertigen Kristallglas-Glüh mit eigenem Namen des Bestellers im Werte von nicht 10 M., einem Bogen Gold und einem Bogen Brillant-Aluminium nebst genauer Gebrauchsanweisung; Preis der kompletten Serie nur 47 M. gegen Nachnahme oder Einzahlung des Betrages von 48 M. Albin Hartmann, Maler, Olden (Süd), Rheinland.